

## **Anzug betreffend Beschleunigung der Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrs rund um Kundgebungen**

26.5113.01

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Weltweit werden demokratische Rechte eingeschränkt, soziale Errungenschaften rückgängig gemacht und Minderheiten verfolgt. Gerade der Blick auf autoritäre Regime zeigt, wie zentral das Recht auf Meinungsäusserung und Versammlung ist. Auch in Basel wird dieses Recht regelmässig wahrgenommen. Gemäss Kantonspolizei fanden im Jahr 2025 insgesamt 15 grössere Kundgebungen mit jeweils über 250 Teilnehmenden statt (2024: 19). Demonstrationen und Kundgebungen können dabei vorübergehend zu Einschränkungen im öffentlichen Verkehr führen, was für viele Menschen im Alltag spürbare Auswirkungen hat.

Der Kanton Basel-Stadt verfügt über breite Erfahrung in der Verkehrslenkung bei Grossanlässen, etwa bei internationalen Sportveranstaltungen wie der UEFA Women's Euro 2025, bei Spielen des FCB, während der Fasnacht oder beim Eurovision Song Contest. Behörden, Polizei und Basler Verkehrsbetriebe haben wiederholt gezeigt, dass mit vorausschauender Planung, klarer Kommunikation und guter operativer Koordination auch unter anspruchsvollen Bedingungen ein funktionierender Verkehrsbetrieb weitgehend aufrechterhalten werden kann.

Die Unterzeichnenden sind überzeugt, dass sich auch im Zusammenhang mit Kundgebungen durch frühzeitige Planung, transparente Abläufe und klare Prioritäten weitere Verbesserungen erreichen lassen. Dieser Anzug zielt ausdrücklich nicht auf Einschränkungen der Routen von Demonstrationen. Ziel ist es, Nutzungskonflikte im Stadtraum zu reduzieren und gleichzeitig sowohl die Versammlungsfreiheit als auch die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. Wie kann - unter Wahrung der Sicherheit - der Tram- und Busbetrieb bei Kundgebungen möglichst lange aufrechterhalten und danach möglichst rasch wieder aufgenommen werden? Wie kann die schnelle Wiederherstellung des regulären ÖV-Betriebs operativ stärker priorisiert werden?
2. Bestehen für zentrale Verkehrsachsen (z. B. Innenstadt-Bahnhof) vorbereitete Umleitungsvarianten, die kurzfristig aktiviert werden können? Inwiefern können solche Varianten standardisiert und gegenüber der Bevölkerung besser kommuniziert werden?
3. Wie sind Konzepte für spontane Demonstrationen ausgestaltet, damit Linien möglichst rasch teilweise freigegeben werden können? Welche Rolle können dabei Dialogteams zur Freihaltung wichtiger ÖV-Achsen spielen?
4. Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verkehrsbetrieben und weiteren beteiligten Stellen so weiterentwickelt werden, dass Sperrungen möglichst kurz gehalten und Abläufe beschleunigt werden?
5. Über welche gemeinsamen Gefässe verfügen die Polizei und die Verkehrsbetriebe, um im Nachgang Optimierungspotenzial zu erkennen und umzusetzen?
6. Inwiefern können infrastrukturelle oder betriebliche Anpassungen im Tram- und Busnetz (z. B. Claragraben, Petersgraben) dazu beitragen, dass der öffentliche Verkehr bei Kundgebungen weniger stark beeinträchtigt wird bzw. schneller wieder aufgenommen werden kann?
7. Inwiefern werden die Erfahrungen aus Grossveranstaltungen systematisch genutzt?
8. Welche Erfahrungen aus anderen Städten könnten geprüft und gegebenenfalls in Basel übernommen werden?

Barbara Heer, Nicola Goepfert, Fleur Weibel, Raffaella Hanauer, Tim Cuénod, Lisa Mathys, Fina Girard, Oliver Bolliger